



# HESSISCHER LANDTAG

07. 06. 2023

HHA

## Dringlicher Berichts Antrag

### Fraktion der Freien Demokraten

#### Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes – Abstimmverhalten der Landesregierung

Ende Mai 2023 hat Bundesfinanzminister Christian Lindner erneut an die Ländern appelliert, Maßnahmen zur Reduzierung der Steuerlast beim Immobilienkauf zu ergreifen und Initiativen des Bundes zu unterstützen. Es ist bedauerlich festzustellen, dass die Initiativen, die sein Haus bereits letztes Jahr vorgeschlagen hat, von den Ländern mehrheitlich abgelehnt wurden. Das Bundesfinanzministerium hat konkrete Lösungsvorschläge gemacht, wie zum Beispiel die Flexibilisierung des Freibetrags bei der Grunderwerbsteuer und die Einführung ermäßigter Steuersätze für selbst genutztes Wohneigentum.

Ministerpräsident Boris Rhein äußert zwar öffentlich Unterstützung für die Vorschläge von Bundesfinanzminister Christian Lindner, hat bis dato aber noch keine Vorschläge vorgelegt, wie die Landesregierung die Grunderwerbsteuer reformieren will. Da der Bundesfinanzminister deutlich gemacht hat, dass sein Vorschlag bisher keine mehrheitliche Zustimmung bei den Ländern bekommen hat, stellt sich die Frage nach dem Abstimmungsverhalten der Hessischen Landesregierung.

Aus dem Artikel „Leichter zum eigenen Heim“ der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 6. Juni 2023 lässt sich entnehmen, dass das Hessische Ministerium der Finanzen behauptet, einen Vorschlag zur Änderung des Grunderwerbsteuergesetzes bisher nicht erhalten zu haben.

Die Entlastung beim Immobilienkauf muss zeitnah angepackt werden, da die Anzahl der Immobilienfinanzierungen stark abgenommen hat, während die Landesregierung ihren Haushalt mit den Einnahmen aus der Grunderwerbsteuer immer weiter auffüllen konnte. Die Grunderwerbsteuereinnahmen haben sich in den zehn Jahren von Schwarz-Grün vervielfacht und sind zu den einkommenstärksten Landessteuern aufgeschwungen. Wenn die Landesregierung Bürgerinnen und Bürger beim Immobilienkauf entlasten will, muss sie sich bei zukünftigen Abstimmungen deutlich positionieren.

Die Landesregierung wird ersucht, im Haushaltsausschuss (HHA) über folgenden Gegenstand zu berichten:

1. Wie hat die Landesregierung in welchen verschiedenen Gremien abgestimmt, die in den letzten Monaten über den Vorschlag des Bundesfinanzministeriums zur Öffnung der Grunderwerbsteuer-Regelung beraten haben?
2. Wie hat sich die Landesregierung bei sogenannten informellen Abstimmungen zu Änderungen an der Grunderwerbsteuer positioniert?
3. Sichert die Landesregierung zu, dass sie bei zukünftigen Abstimmungen von Initiativen des Bundesfinanzministeriums zur Öffnung der Grunderwerbsteuer zustimmen wird?

Wiesbaden, 7. Juni 2023

Der Fraktionsvorsitzende:  
**René Rock**